



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag

Die politische Lage in Deutschland **Gut, dass die Union regiert!** 100 erfolgreiche Tage für Deutschland

100 Tage ist die christlich-liberale Bundesregierung nun im Amt. Wir haben in diesen ersten drei Monaten die Politik der Krisenbekämpfung entschieden und erfolgreich fortgesetzt. Gleichzeitig haben wir aber auch neue politische Spielräume genutzt, die sich durch den Koalitionswechsel ergeben haben. Insbesondere unser wachstumsstimulierendes Sofortprogramm wäre mit der SPD nicht möglich gewesen.

Wir haben vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise keine Zeit verloren und die Regelungen zur Kurzarbeit verlängert. Damit wird den Arbeitgebern, die trotz unsicherer Erwartungen keine Entlassungen vornehmen, Planungssicherheit gegeben. Ohne eine solche neue Regelung würde die Bezugsfrist für Kurzarbeit, die 2010 begonnen wird, lediglich maximal sechs Monate betragen. Ebenfalls fortgeführt werden die besonderen Erleichterungen im Bereich der Kurzarbeit, so z.B. die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge. Mit dem Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz spannen wir einen weiteren Schutzschirm für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ohne dieses Gesetz müssten die Beiträge in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung steigen, was angesichts der ohnehin schon hohen Belastungen der Unternehmen zahlreiche Entlassungen zur Folge hätte. Dank unserer Politik ist es damit gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise auf ein Minimum zu begrenzen. Kein anderes Industrieland hat in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise einen stabileren Arbeitsmarkt als wir.

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir weitere Entlastungen für die Bürger durchgesetzt sowie wichtige Wachstumspulse gegeben. Besondere Nutznießer dieser Maßnahmen sind die Familien. Dank der Steuersenkungen und gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge haben sie seit Januar dieses Jahres deutlich mehr Geld in der Tasche. So kann etwa eine vierköpfige Familie mit einem Haushaltseinkommen von 54.000 Euro über rund 1.600 Euro mehr verfügen.

Zudem erleichtern es die steuerpolitischen Neuregelungen im Bereich der Unternehmens-, Gewerbe- und Erbschaftsteuer den Unternehmen, mit den Auswirkungen der Krise fertig zu werden.

Alle diese Erfolge werden in der öffentlichen Wahrnehmung aber leider durch das wiederholte, einseitige Betonen der Umsatzsteuererleichterung für das Übernachtungsgewerbe in den Hintergrund gedrängt. Über diese Einzelmaßnahme des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, mit vergleichsweise geringer finanzieller Auswirkung, werden dabei die riesigen Milliardenbeträge vergessen, die Familien und Unternehmen gleichermaßen entlasten. Diese einseitige Betrachtungsweise ist weder fair noch angemessen und muss aufhören!

Denn auch in anderen Bereichen sind wir auf gutem Weg: Wir haben vereinbart, die Investitionen in Bildung und Forschung - und damit in den Schlüssel zu unserer Zukunft - weiter zu erhöhen. Durch Reformen im Gesundheitssystem werden wir dafür sorgen, dass weiterhin jeder Bürger Zugang zu einer hervorragenden medizinischen Versorgung zu bezahlbaren Preisen hat. Außerdem haben sich die unionsgeführte Bundesregierung und die unionsgeführten Bundesländer auf einen klaren Kurs bei der Reform der Jobcenter verständigt. Wir wollen mit einer Grundgesetzänderung die künftige Zusammenarbeit von Bund und Kommunen in den ARGEN und eine Ausweitung des Optionsmodells rechtlich absichern. Im Vorfeld der Festlegung in der Union hatte die SPD Zustimmung für diesen Weg signalisiert. Jetzt muss sie Wort halten und ein zügiges Verfahren ermöglichen. Die Arbeitssuchenden und die Mitarbeiter in den Verwaltungen haben ein Recht auf Klarheit und Rechtssicherheit.

Wir haben klare Ziele und feste Überzeugungen. Wir wollen unser Land durch mutige Politik auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten.

Mit Sorge betrachten wir allerdings die aktuelle Entwicklung in Griechenland. Die Neuverschuldung des griechischen Staatshaushalts hat mit 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen Rekordstand erreicht. Die EU-Kommission hat Griechenland unter verschärfte haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung gestellt und wegen geschönter statistischer Angaben ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Die Annahme dieser Maßnahmen ist für den nächsten Finanzministerrat am 16. Februar terminiert. Bis 2012 hat Griechenland Zeit, sein gravierendes Staatsdefizit in den Griff bekommen. Die Regierung in Athen muss das Defizit nun in den kommenden zwei Jahren unter die Marke von drei Prozent drücken, um den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder einzuhalten und in seiner Wettbewerbsfähigkeit zu den anderen Mitgliedern der Eurozone aufzuschließen.

Athen muss jetzt alle zwei bis drei Monate in Brüssel über seine haushaltspolitische Entwicklung Bericht erstatten. Sollte das Ziel verfehlt werden, drohen harte Sanktionen. Dieses unterschiedene Vorgehen der EU-Kommission zeigt bereits Wirkung. Portugal hat im Kampf gegen sein Haushaltsdefizit ebenfalls entschlossene Schritte angekündigt. Die Regierung in Lissabon hatte im vergangenen Jahr mit einem Defizit von 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kämpfen. Nur mit einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik aller Mitgliedstaaten der Eurozone können wir den Euro stabil halten. Diese Einsicht muss auf den anstehenden Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs und der EU-Finanzminister noch einmal sehr deutlich gemacht werden. Damit der Euro eine starke Währung bleibt!

Die Woche im Parlament

In dieser Woche hat uns der Bundesaußenminister in seiner **Regierungserklärung zu Afghanistan** über die Ergebnisse der internationalen Afghanistan-Konferenz vom 28. Januar 2010 in London berichtet. An der Konferenz haben Außenminister von 80 Staaten und internationale Organisationen teilgenommen. Im Übrigen wurde in dieser Woche der Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Nato-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan in den Deutschen Bundestag eingebracht. Durch das neue Mandat wird sich der militärische Beitrag Deutschlands künftig noch stärker als bisher auf die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und den Schutz der afghanischen Bevölkerung konzentrieren. Dazu werden wir die Mandatsobergrenzen auf 5.350 Soldaten anheben, wovon 350 Soldaten als flexible Reserve vorgehalten werden. Damit wird nun auch im Bundestagsmandat die Schwerpunktverlagerung des deutschen Engagements nachvollzogen, welche die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung am 26. Januar 2010 angekündigt hatte. Bereits bei der Mandatseinbringung im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung angekündigt, das Mandat im Lichte der Ergebnisse der Londoner Konferenz vom 28. Januar 2010 anzupassen.

In London hat die internationale Staatengemeinschaft am 28. Januar 2010 einen Neuansatz für Afghanistan mit dem Ziel beschlossen, die Voraussetzungen für eine „Übergabe in Verantwortung“ zu schaffen. Deutschland hat auf der Konferenz zugesagt, das zivile Engagement für Afghanistan nahezu zu verdoppeln. Bis 2013 fließen jährlich 430 Millionen Euro in neue Straßen, Schulen und andere Projekte. Das deutsche Engagement für Wiederaufbau und Entwicklung, insbesondere im Norden des Landes, wird erheblich aufgestockt. Daneben bleibt die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte ein vorrangiges Ziel. Dazu wird Deutschland die Ausbildung afghanischer Polizisten deutlich ausweiten und die Zahl der deutschen Polizeitrainer und Experten auf 200 erhöhen. Am Mittwoch wird der Bundesaußenminister die Ergebnisse der Londoner Konferenz in einer Regierungserklärung darstellen.

Das internationale Engagement in Afghanistan wird nur dann erfolgreich sein können, wenn auch die afghanische Regierung ihren Beitrag leistet. Aus diesem Grund war es wichtig, dass Präsident Karzai bei seinen Besuchen in Berlin und London zugesagt hat, für Fortschritte in den Bereichen gute Regierungsführung, Menschenrechte und bei Korruptionsbekämpfung zu sorgen.

Das jetzt zu beratende Mandat des Deutschen Bundestages soll bis zum 28. Februar 2011 gelten. Die völkerrechtliche Grundlage des Mandats ist ein entsprechender Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Mit ihrem **Bericht zur Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung** hat uns die Bundesregierung über die bisherigen Aktivitäten der unter Federführung von Bundesministerin Annette Schavan entwickelten ressortübergreifenden Internationalisierungsstrategie informiert. Ziel der Strategie ist es, den Forschungsstandort Deutschland für die Besten der Welt attraktiv zu machen. Außerdem wollen wir die Bildungs- und Forschungszusammenarbeit im europäischen Rahmen intensivieren, um international bei der Lösung globaler Probleme enger zusammenzuarbeiten.

Auch die Zusammenarbeit mit Entwicklungs-, und Schwellenländer im Bereich von Wissenschaft und Forschung muss verstärkt werden.

Daten und Fakten

Mehr als eine Million Arbeitsplätze durch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten gesichert: Dank flexibler Arbeitszeiten und des Instruments der Kurzarbeit sind in Deutschland 2009 rund 1,2 Millionen Jobs gesichert worden. Insgesamt ist die durchschnittliche Jahresarbeitszeit krisenbedingt um 3,2 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg 2009 sprunghaft an und lag im Jahresdurchschnitt über einer Million. Bei ihnen fiel gut ein Drittel der normalen Arbeitszeit aus. Auf alle Arbeitnehmer umgerechnet waren es jährlich 15,5 Arbeitsstunden, nach 1,8 Stunden im Jahr 2008. Der Stand auf den Arbeitszeitkonten ist im Jahresverlauf 2009 um 9,3 Stunden je Arbeitnehmer abgeschmolzen. Kräftig abgenommen hat auch die bezahlte Mehrarbeit. Je Arbeitnehmer wurden 13 bezahlte Überstunden weniger geleistet als im Jahr 2008.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Investitionen in Bildung bringen höhere Rendite als Aktien: Investitionen in Bildung lohnen sich deutlich mehr als bisher angenommen. Wer während einer längeren und aufwendigeren Ausbildung auf mögliches Gehalt verzichtet, erhält später umso mehr, in Einzelfällen sogar doppelt so viel. Im Durchschnitt liegen die privaten Bildungsrenditen bei sechs bis zehn Prozent und damit höher als die durchschnittlichen Renditen der meisten Geldanlageformen. Zudem senkt ein höheres Ausbildungsniveau das Risiko der Arbeitslosigkeit signifikant. Auch der Staat erhält über höhere Steuereinnahmen eine Bildungsrendite von durchschnittlich 7 Prozent.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Wirtschaftsleistung expandiert im Schlussquartal 2009: Die Wirtschaftsleistung wächst deutlich und anhaltend. Wie schon im dritten Quartal beträgt die Zuwachsrate für das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt Ende vergangenen Jahres 0,6 Prozent. Die Industriesektoren (Produzierendes Gewerbe ohne Bau) wachsen dabei mit 1,6 Prozent am deutlichsten und sind maßgeblich für die Aufwärtsbewegung verantwortlich. Auch für den Bereich „Handel, Gaststätten und Verkehr“ zeichnet sich ein Wachstum von 0,7 Prozent ab.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)



**Landesgruppe
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de